

**Berichterstattung des Bürgermeisters der Stadt Bad Lausick über wesentliche
Abweichungen vom Haushaltsplan 2025
gegenüber dem Stadtrat und der Rechtsaufsichtsbehörde
gemäß § 75 Absatz 5 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)
zum Stand 30.Juni 2025**

Vorbemerkungen

Nach § 75 Absatz 5 SächsGemO hat der Bürgermeister den Gemeinderat und die Rechtsaufsichtsbehörde zum Stand 30.Juni des Haushaltsjahres über wesentliche Abweichungen vom Haushaltsplan, insbesondere

- bei der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen
- bei der Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen,
- bei der Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen,
- bei dem Schuldenstand der Gemeinde und
- über die von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften sowie
- über den Vollzug des Haushaltsstrukturkonzeptes

schriftlich zu unterrichten.

Der Zweck dieser Vorschrift ist, dass sich die Gemeinderäte und die Rechtsaufsichtsbehörde einen Überblick über die aktuelle Haushaltssituation verschaffen, um somit aus erkennbaren Fehlentwicklungen rechtzeitig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Haushaltssatzung 2025 und die Haushaltssatzung 2026 mit Doppelhaushaltsplan 2025/ 2026 wurden vom Stadtrat am 22.Mai 2025 in öffentlicher Sitzung beschlossen.

Die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzungen mit Doppelhaushaltsplan, die Genehmigung der für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.605.850 € zur Inanspruchnahme im Jahr 2026 sowie die Genehmigung der für das Haushaltsjahr 2026 vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von 1.986.150 € erging mit Bescheid vom 08.Juli 2025.

Die öffentliche Bekanntmachung der Satzungen folgte am 25.Juli 2025 mit anschließender Auslegung vom 29.Juli 2025 bis zum 04.August 2025. Die Haushaltssatzung 2025 trat somit am 05.August 2025 rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.

Für diese Berichterstattung ist der vom Stadtrat am 22.Mai 2025 beschlossene Haushaltsplan 2025 maßgeblich. Darüber hinaus werden auch Haushaltsermächtigungen aus Vorjahren sowie über- und außerplanmäßige Bewilligungen (fortgeschriebener Ansatz) einbezogen.

Am 21.Juli 2025, nach dem Haushaltsbeschluss, wurden mit dem Erlass des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren zur Anwendung des kommunalen Haushaltsrechts zur Bewältigung der außergewöhnlichen Haushaltslage für betroffene sächsische Kommunen verschiedene Befreiungen und Erleichterungen zu den haushaltsrechtlichen Vorschriften in den Jahren 2025 bis 2027 oder im Fall von Doppelhaushalten für die Haushaltsjahre 2027/2028 bis zum Jahr 2028 geschaffen. Diese beziehen sich auf den Umgang mit Kassenkrediten, Kreditaufnahmen, Verpflichtungsermächtigungen, Nachtragssatzungen, überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, Fehlbeträgen, Haushaltsstrukturkonzepten und mit der Gesetzmäßigkeit von Ergebnis- und Finanzhaushalt.

Von diesen Regelungen hätte die Stadt beim Erlass der Haushaltssatzungen 2025/ 2026 nicht Gebrauch machen müssen.

Ein Haushaltsstrukturkonzept ist nicht vorhanden.

Bei dem Begriff „wesentlich“ handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Dieser ist auslegungsbedürftig. Angelehnt an die Kommentierung der SächsGemO (und den damit im Zusammenhang stehenden Rechtsverordnungen) von Quecke/Schmidt zum § 29 Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung (Berichtspflicht) werden jeweils 3% - 5% für den Ergebnishaushalt und für den Finanzhaushalt als „wesentlich“ angesehen.

In diese Berichterstattung werden Abweichungen von 3% berücksichtigt. Das sind im Ergebnishaushalt Erträge ab 495,6 T€ sowie Aufwendungen ab 523,6 T€ und im Finanzhaushalt Einzahlungen ab 526,4 T€ und Auszahlungen ab 584,7 T€. Zur Vereinfachung wird ein Schwellenwert von 500,0 T€, bei Bedarf auch darunter, herangezogen.

1. wesentliche Abweichungen bei der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen (Ergebnishaushalt)

Der Haushaltsplan 2025 weist einen Fehlbetrag des Gesamtergebnisses in Höhe von 932,7 T€ aus. Dieser resultiert aus einem Fehlbetrag von 931,4 T€ im ordentlichen Ergebnis und einem Fehlbetrag von 1,3 T€ im Sonderergebnis.

Unter Berücksichtigung der Verrechnungsmöglichkeiten für Abschreibungen auf das zum 31.12.2017 festgestellte Anlagevermögen (Alt-Investitionen) abzüglich der damit im Zusammenhang stehenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten oder aus Vermögensveräußerungen mit dem Basiskapital nach § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO, das sind 859,4 T€ im ordentlichen Ergebnis sowie 1,3 T€ im Sonderergebnis, verbleibt ein veranschlagter Fehlbetrag im Gesamtergebnis von 72,1 T€.

Mit dem fortgeschriebenen Ansatz erhöht sich der Fehlbetrag des Gesamtergebnisses um insgesamt 208,2 T€ auf nunmehr 1.140,9 T€. Mit Inanspruchnahme der vorgenannten Verrechnungsmöglichkeiten für Altvermögen weist das veranschlagte Gesamtergebnis einen Fehlbetrag von 280,3 T€ aus.

Die Verschlechterung des Ergebnisses beim fortgeschriebenen Plan gegenüber dem Planansatz wird insbesondere durch die Übertragung von Haushaltsmitteln aus den Vorjahren verursacht.

	Planansatz 2025	fortgeschriebener Planansatz 2025	Differenz Ansatz/ fortgeschriebener Ansatz 2025
ordentliche Erträge	16.521.000 €	16.541.457 €	20.457 €
ordentliche Aufwendungen	17.452.400 €	17.681.080 €	228.680 €
<i>ordentliches Ergebnis</i>	<u>-931.400 €</u>	<u>-1.139.623 €</u>	<u>-208.223 €</u>
außerordentliche Erträge	0 €	0 €	0 €
außerordentliche Aufwendungen	1.300 €	1.300 €	0 €
<i>Sonderergebnis Ergebnis</i>	<u>-1.300 €</u>	<u>-1.300 €</u>	<u>0 €</u>
Gesamtergebnis	-932.700 €	-1.140.923 €	-208.223 €
Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis nach § 72 Abs.3 Satz 3 SächsGemO	859.350 €	859.350 €	0 €
Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis nach § 72 Abs.3 Satz 3 SächsGemO	1.300 €	1.300 €	0 €
veranschlagtes Gesamtergebnis	<u>-72.050 €</u>	<u>-280.273 €</u>	<u>-208.223 €</u>

Stand zum 30.06.2025

Wesentliche Abweichungen (>500,0 T€) gegenüber der Planung sind im Ergebnishaushalt zum Zeitpunkt der Berichterstattung bei mehreren Positionen zu verzeichnen.

Dazu zählen einnahmeseitig die Erträge aus Steuern und Abgaben (-2.477,3 T€), darunter der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (-2.392,3 T€), und die Zuweisungen und Umlagen (-3.308,0 T€), darunter die allgemeinen Schlüsselzuweisungen (-1.878,9 T€), sowie die nicht zahlungswirksamen aufgelösten Sonderposten (-1.058,1 T€).

Auf der Ausgabenseite liegen bei den Personalaufwendungen (-1.751,9 T€), den Sach- und Dienstleistungen (-1.982,4 T€), den nicht zahlungswirksamen Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis (-1.973,7 T€) und den Transferaufwendungen (-4.369,7 T€), wie zum Beispiel die Kommunalanteile für Kinderbetreuung (-2.007,9 T€) oder die Kreisumlage (-1.983,0 T€), wesentliche Planabweichungen vor.

Prognose zum 31.12.2025

Bei den Einkommenssteueranteilen, den allgemeinen Schlüsselzuweisungen, den Zuweisungen für laufende Zwecke und den aufgelösten Sonderposten werden unter Beachtung der aktuellen Entwicklung zum Jahresende insgesamt keine wesentlichen Abweichungen mehr erwartet.

Das trifft ebenso für, den Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis und den Transferaufwendungen (Kommunalanteile für die Kinderbetreuung und Kreisumlage) zu. Bei den Personalaufwendungen (-81,0 T€) und bei den Sach- und Dienstleistungen (-268,0 T€) werden dagegen nennenswerte Minderausgaben erwartet.

Ansonsten wird davon ausgegangen, dass bei den übrigen Erträgen und Aufwendungen unter Beachtung der zukünftigen Entwicklung bis zum Jahresende keine wesentlichen Abweichungen vorliegen werden.

Fazit

Bei vollständiger Umsetzung des fortgeschriebenen Planes inklusive Haushaltsermächtigen aus Vorjahren sowie die bis zum Berichtszeitpunkt bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittel wird ein Fehlbetrag des veranschlagten Gesamtergebnisses von 280,3 T€ erwartet.

Es wird momentan aber davon ausgegangen, dass unter Berücksichtigung der Entwicklung der Erträge und Aufwendungen bis zum Jahresende der fortgeschriebene Fehlbetrag ausgeglichen werden.

Als Anlage ist der Berichterstattung eine Übersicht zu den Abweichungen im Ergebnishaushalt mit entsprechenden Erläuterungen beigelegt.

2. wesentliche Abweichungen bei der Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzhaushalt)

Die Planung prognostiziert für dieses Haushaltjahr einen Liquiditätsabfluss von 1.941,3 T€ und somit unter Berücksichtigung von haushaltsunwirksamen Vorgängen (0,0 T€) einen voraussichtlichen Zahlungsmittelbestand von 802,1 T€ zum Ende des Berichtsjahres.

Im fortgeschriebenen Plan erhöht sich der Liquiditätsabfluss um 1.418,6 T€. Dies ist insbesondere auf die Übertragung von Haushaltsmitteln aus Vorjahren zurückzuführen.

Ausgehend von einem Zahlungsmittelbestand in Höhe von 2.743,4 T€ zum Jahresbeginn 2025 würden zum Ende des Jahres bei Umsetzung aller Planvorgaben die liquiden Mittel -617,5 T€ ausmachen.

	Planansatz 2025	fortgeschriebener Planansatz 2025	Differenz Ansatz/ fort- geschriebener Ansatz 2025
Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	15.462.950 €	15.483.407 €	20.457 €
Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	15.305.400 €	15.533.268 €	227.868 €
<i>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</i>	<i>157.550 €</i>	<i>-49.861 €</i>	<i>-207.411 €</i>
Einzahlungen Investitionstätigkeit	2.084.600 €	3.296.124 €	1.211.524 €
Auszahlungen Investitionstätigkeit	3.889.750 €	6.312.415 €	2.422.665 €
<i>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</i>	<i>-1.805.150 €</i>	<i>-3.016.291 €</i>	<i>-1.211.141 €</i>
Finanzierungsmittelüberschuss	-1.647.600 €	-3.066.152 €	-1.418.552 €
Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0 €	0 €	0 €
Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	293.700 €	293.700 €	0 €
<i>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</i>	<i>-293.700 €</i>	<i>-293.700 €</i>	<i>0 €</i>
Änderung Finanzmittelbestand	-1.941.300 €	-3.359.852 €	-1.418.552 €
Einzahlungen Darlehensrückflüsse	0 €	0 €	0 €
Auszahlungen Darlehensgewährung	0 €	0 €	0 €
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln	-1.941.300 €	-3.359.852 €	-1.418.552 €
Zahlungsmittelbestand zum Anfang des Haushaltsjahres	2.743.362 €	2.742.362 €	3.088.629 €
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres	802.062 €	-617.490 €	1.125.146 €

Stand zum 30.06.2025

Wesentliche Abweichungen (>500,0 T€) gegenüber der Planung sind im Finanzhaushalt zum Zeitpunkt der Berichterstattung bei mehreren Positionen zu verzeichnen.

- laufende Verwaltungstätigkeit

Wesentliche Abweichungen zur Jahresmitte betreffen einnahmeseitig die Mindereinzahlungen bei den Steuern und Abgaben (-4.164,6 T€) und die Zuweisungen und Umlagen (-3.373,0 T€). Davon sind insbesondere die Grundsteuer B (-464,2 T€), die Gewerbesteuer (-1.104,6 T€), der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (-2.284,9 T€), die allgemeinen Schlüsselzuweisungen (-1.878,9 T€), die Landeszuschüsse für die Kinderbetreuung (-866,4 T€), die Zuweisungen aus dem Straßenlastenausgleich (-216,8 T€) oder die Fördergeldern für die Instandhaltung der Schulturnhalle in der Frohburger Straße (-81,7 T€) oder für die Fenstersanierung im Dorfgemeinschaftshaus Stein (-111,3 T€) hervorzuheben.

Ausgabenseitig stehen Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen (-1.780,2 T€), den Sach- und Dienstleistungen (-2.235,9 T€) und den Transferauszahlungen (-4.411,9 T€), wie die Kommunalanteile für die Kinderbetreuung (-1.995,1 T€) oder die Kreisumlage (-1.983,0 T€), zu Buche.

- Investitionstätigkeit

Hier sind zur Jahresmitte einnahmeseitig wesentliche Mindereinzahlungen bei den Investitionszuwendungen vom Land (-2.027,0 T€) und vom Landkreis (-899,9 T€) zu verzeichnen.

Auf der Ausgabenseite sind Minderauszahlungen vor allem beim Erwerb von unbeweglichen Vermögensgegenständen (-574,5 T€), beim Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen (-782,7 T€) sowie bei den Baumaßnahmen (-3.680,9 T€) vorhanden.

- Finanzierungstätigkeit

Bei der Finanzierungstätigkeit sind keine wesentlichen Abweichungen zu verzeichnen.

Prognose zum 31.12.2025

- laufende Verwaltungstätigkeit

Bis zum Jahresende werden bei der Gewerbesteuer aufgrund der aktuellen Veranlagungen wesentliche höhere Einzahlungen (+161,2 T€) erhofft. Dazu kommen bereits festgesetzte überplanmäßige allgemeine Schlüsselzuweisungen (+95,5 T€). Dagegen werden sich die Fördermitteleinzahlungen für die Fenstersanierung des Dorfgemeinschaftshauses Steinbach ins kommende Jahr verschieben (-111,3 T€).

Ausgabenseitig werden Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen (-81,0 T€) oder bei der Unterhaltung der Gebäude und baulichen Anlagen (-268,0 T€) erwartet. Dabei wird ein Teil der Mittel für die Gebäudeunterhaltung zur Umsetzung im kommenden Jahr übertragen (208 T€).

Ansonsten wird davon ausgegangen, dass bei den übrigen Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit unter Beachtung der zukünftigen Entwicklung bis zum Jahresende keine wesentlichen Abweichungen vorliegen werden.

- Investitionstätigkeit

Es wird davon ausgegangen, dass auch bis zum Jahresende weiterhin beachtliche Abweichungen bei den investiven Einzahlungen und den Auszahlungen vorliegen werden, da aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel fehlende sowie verspätete Fördermittelzusagen oder Bauverzögerungen, nicht alle Vorhaben bis zum Jahresende realisiert werden können.

So bleiben u.a. aufgrund fehlender Fördermöglichkeiten die Zuweisungen vom Land für den Umbau der Ludolf-Colditz-Straße und des Steingrundweges mit Straßenbeleuchtung zur Kurpromenade (-478,9 T€) aus.

Bei den Zuweisungen vom Landkreis kommen noch Mindereinzahlungen von voraussichtlich 554,8 T€ dazu. Das betrifft das Straßenbauvorhaben Beuchaer Landstraße (-328,5 T€) sowie für die Straßenbeleuchtungsmaßnahmen in der Bornaer Straße (-114,3 T€), im Ortsnetz Kleinbeucha (-26,7 T€) und in der Beuchaer Landstraße (-85,3 T€).

Bei den Auszahlungen für den Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Anlagevermögen und für Baumaßnahmen wird mit Minderauszahlungen von insgesamt 1.725,7 T€ gerechnet.

Das betrifft die Straßenbeleuchtung in der Ludolf-Colditz-Straße (-52,1 T€), im Steingrundweg (-29,8 T€), in der Bornaer Straße (-147,4 T€), im Ortsnetz Kleinbeucha (-27,2 T€), in der Beuchaer Landstraße (-106,7 T€) sowie in der Alten Buchheimer Straße (-120,2 T€).

Dazu kommen insbesondere der Ersatzneubau des Brückenbauwerkes 19 in der Käthe-Kollwitz-Straße (-220,0 T€), der Gehwegbau Beuchaer Landstraße (-388,0 T€), der Umbau der Ludolf-Colditz-Straße (-332,0 T€) und des Steingrundweges (-159,4 T€) zur Kurpromenade sowie die Sanierung des Dorfgemeinschaftshauses in Buchheim (-117,2 T€).

Fazit

Bei vollständiger Umsetzung des fortgeschriebenen Haushaltsplanes (30.06.2025) wird zum Jahresende ein Zahlungsmittelbestand von -617,5 T€ erwartet.

Anhand der Prognosen wird der Zahlungsmittelbestand zum Jahresende voraussichtlich wesentlich höher ausfallen, da insbesondere ein Teil der in diesen und auch in Vorjahren geplanten Investitionsvorhaben nicht mehr bis Jahresschluss realisiert werden kann und somit nachfolgende Haushaltsjahre belastet.

Eine Gefährdung der Liquidität der Stadt ist für das Haushaltsjahr 2025 nicht ersichtlich.

Als Anlage ist der Berichterstattung eine Übersicht zu den Abweichungen im Finanzhaushalt mit entsprechenden Erläuterungen beigelegt.

3. wesentliche Abweichungen der Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen

Für das Haushaltsjahr 2025 sind keine Kreditermächtigungen vorgesehen.

Abweichungen vom Haushaltplan 2025 sind nicht zu verzeichnen.

4. wesentliche Abweichungen vom Schuldenstand

Die Schulden beinhalten die Rückzahlungsverpflichtungen aus Krediten und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten.

- Kredite

Zum 01.01.2025 hatte die Stadt Bad Lausick insgesamt drei Kreditverträge mit Rückzahlungsverpflichtungen von insgesamt 926,2 T€ (114 € pro Einwohner) zu bedienen.

Zwei Kredite wurden wie geplant am 30.03.2025 vollständig zurückgezahlt. Das betrifft den Kredit für die Wohnungssanierungen in der Goethestraße 2-18 und 17-31 und für die Erschließung des Gewerbegebietes „Angerwiesen“

Kreditneuaufnahmen und Umschuldungen sind im Haushaltsjahr 2025 nicht vorgesehen.

Nach Leistung der ordentlichen Tilgungen im zweiten Halbjahr werden sich die Rückzahlungsverpflichtungen der Kreditverträge zum 31.12.2025 auf 632,5 T€ verringern. Das entspricht einer Verschuldung von 78 € pro Einwohner.

Wesentliche Planabweichungen sind nicht festzustellen bzw. werden nicht erwartet.

Schulden	01.01.2025	ordentliche Tilgung 30.06. 2025	ordentliche Tilgung 31.12. 2025	31.12.2025
Kredite	926.190 €	113.281 €	293.699 €	632.491 €
pro Kopf-Verschuldung*	114 €	14 €	36 €	78 €

* Einwohnerzahl 8.089 zum 30.06.2024

- kreditähnliche Rechtsgeschäfte

Schulden aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften bestehen zum Berichtszeitpunkt nicht und werden im Berichtsjahr auch nicht erwartet.

Abweichungen gegenüber der Planung sind nicht zu verzeichnen.

- Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wurde in der Haushaltssatzung 2025 auf genehmigungsfreie 3.061.080 € festgesetzt.

Eine Inanspruchnahme des Kassenkreditrahmens war in diesem Jahr noch nicht erforderlich und wird auch nicht erwartet.

Abweichungen vom Haushaltplan 2025 sind nicht zu verzeichnen.

Hinweis:

Die Zinssätze für die Inanspruchnahme von Dispositionskrediten lagen je nach Hausbank zur Jahresmitte bei 6,0% bzw. 6,95% p.a. und aktuell bei 2,9% bzw. 3,21%.

5. wesentliche Abweichungen über die von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen

Bürgschaften und Gewährverträge bestehen zum Berichtszeitpunkt nicht und waren in der Haushaltsplanung auch nicht vorgesehen.

Der Stadtrat hat in öffentlicher Sitzung am 25.09.2025 den Dienstleistervertrag zum Kneippkurzentrum beschlossen. Der Vertrag regelt die Nutzung und Betreuung des von der BBK GmbH noch zu errichtenden Kneippkurzentrums. Danach erhält diese über einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren die Gebäudekosten (Baukosten abzüglich Förderung sowie Verzinsung, Allgemeinkosten und Unternehmerlohn) und das negative Betriebsergebnis. Dabei entspricht die Mindestlaufzeit von 15 Jahren der Zweckbindung der beantragten Fördermittel.

Dieser Vertrag bedarf gemäß § 83 SächsGemO der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Diese steht bislang noch aus.

Abweichungen gegenüber der Planung sind somit zu verzeichnen.

Schlussbemerkungen

Mögliche Einnahmen aus dem neuen Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität, die für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und zur Erreichung der Klimaneutralität vorgesehen sind, wurden in der Haushaltsplanung 2025 noch nicht berücksichtigt werden.

Bad Lausick, den 01.10.2025


Hultsch
Bürgermeister

- Anlage Übersicht zu den Abweichungen im Ergebnishaushalt - Stand zum 30.06.2025
- Anlage Übersicht zu den Abweichungen im Finanzhaushalt - Stand zum 30.06.2025